

DEBATTEN-NIVEAU UND DEMOKRATISCHE REIFE

Immer wieder sorgen die Herabwürdigungen des politischen Gegners durch OB Dieter Salomon für Diskussionen. So auch jetzt sein Nachtreten nach dem Bürgerentscheid. Das zeigen zahlreiche Leserbriefe in der Badische Zeitung sowie empörte E-Mails, die uns erreichen. Viele Bürger beschwerten sich über den arroganten und überheblichen Stil, den der OB gegenüber Kritikern an den Tag legt. Ulrich Glaubitz, 2. Vorsitzender von Freiburg Lebenswert, hat folgende Antwort formuliert und einen aktuellen Bezug als „Blick über den Tellerrand“ hergestellt:

Liebe Mitglieder von FL, liebe Mitbürger,

angesichts der aktuellen Polemik, bei der wir von FL, insbesondere aber die Mitglieder unserer FL/FF-Fraktion als Verschwörungstheoretiker und Rechtspopulisten bezeichnet werden stehe ich persönlich auf dem Standpunkt, dass wir nicht unbedingt nur empört sein sollten. Vielmehr halte ich die Tatsache, dass der OB sich auf so niedriges Debatten-Niveau begibt, für ein Zeichen von Schwäche. Sowohl des bürgermeisterlichen Charakterkostüms wie auch der demokratischen Reife. Eine Sachposition wie die von FL unter Beweis gestellte war er offensichtlich nicht gewohnt und er kann damit sichtlich schwer umgehen. Ich sehe das als Ermunterung, auf dem von uns beschrittenen Weg weiterzumachen und immer auch scheinbar unumstößliche Wahrheiten lieber probeweise umzuwerfen als gehorsam nachzubeten. Und immer die Grundlage einer guten Demokratie im Blick zu behalten: Transparenz, regelmäßige qualitätsvolle Information und faire Debatten.

Kleiner Blick über den Tellerrand: So macht es auch Helmut Dinter, der Bürgermeister von Wessobrunn: Statt einzuknicken vor den Erwartungen der übergeordneten Exekutivorgane macht er sie in der Öffentlichkeit bekannt. Ein sehr lesenswerter taz-Artikel (siehe folgende Abbildung) über Einschüchterungsversuche im Vorfeld des G-7-Gipfels auf Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen. So einen Bürgermeister wünscht man sich.

*Mit freundlichen Grüßen,
Euer/Ihr*

Ulrich Glaubitz

Gülle gegen Demonstranten

G-7-GIPFEL Seit Monaten versuchen Aktivisten Flächen für ihre Protestcamps zu finden. Doch im Freistaat sind die Anti-Gipfel-Zelte politisch nicht gewünscht



Um das Schloss Elmau herum wäre eigentlich genug Platz für ein paar Protestzelte Foto: Stephan Jansen/dpa

AUS MÜNCHEN LISA SCHNELL

Es ist nur ein Stück Wiese mit welkten Grashalmen und einem Holzschuppen im hintersten Eck Bayerns. Doch Benjamin Ruß ist begeistert. In seinem Kopf reihen sich hier schon die Zelte der Demonstranten. Ruß organisiert die Proteste gegen den G-7-Gipfel, der am 7. und 8. Juni auf Schloss Elmau stattfinden soll. Im November, als er die Wiese begutachtete, war er noch zuversichtlich, jetzt ist Ruß wütend.

Es scheint so, als würden die bayerischen Behörden alles versuchen, um Protestcamps unmöglich zu machen. Seit September durchstreifen die Aktivisten das Gelände auf der Suche nach geeigneten Äckern und Wiesen. Insgesamt vier öffentli-

che Flächen hatten sie ausfindig gemacht, doch immer bekamen sie eine Absage der Gemeinde. Die Schreiben ähnelten sich vom Wortlaut stark, sogar ein Kommafehler war gleich. Für Ruß ein klares Zeichen, dass den Gemeinden von höherer Stelle bedeutet wurde, keine Camps zuzulassen.

Diese Vermutung bestätigt Helmut Dinter. Er ist parteiloser Bürgermeister der Gemeinde Wessobrunn und war am 2. Dezember vergangenen Jahres bei einer Sitzung im Landratsamt dabei. Dort sei den Bürgermeistern klargemacht worden, dass sie „alles tun sollten, um Camps zu verhindern“, sagt Dinter.

Dazu wurde ihnen eine ganze Palette an Möglichkeiten vorgestellt. Erst mal an die Bauern appellieren, ihre Äcker nicht zu ver-

Wer sich doch mit den Demonstranten verbündet, den solle man „öffentlich ächten“

pachten. Gülle auf den Feldern zur Zeit des Gipfels wäre auch nicht verkehrt, sei nebenbei bemerkt worden. Wer sich doch mit den Demonstranten verbündet, den solle man „öffentlich ächten“. Wenn selbst das nicht reiche, dann müsse das örtliche Ordnungsamt den Störern „so viel Auflagen aufs Brot schmieren, dass sie die Lust verlieren“, sagt Dinter.

Wie das aussehen kann, konnte er aus einem Mustervertrag ersehen, den ihm das Innenminis-

terium zuschickte und der der taz vorliegt. Bis zu 100.000 Euro sollen die Demonstranten demnach als Kautions hinterlegen. Aus dem Landratsamt heißt es, die Begriffe „Gülle“ und „ächtchen“ seien nicht gefallen, der Vortrag habe nur der „Sensibilisierung“ der Gemeinden gedient.

Für Dinter war es hingegen „ein indirekter Aufruf, gegen das Demonstrationsrecht zu verstoßen“. Der Bürgermeister schimpft: „Nur weil Obama kommt, müssen wir hier doch keine heile Welt vorspielen.“

Allerdings ist sein Ort 70 Kilometer von Elmau entfernt und ohnehin für Camps ungeeignet. Außer ihm protestierte niemand. „Die halten's Maul, weil sie gut Geld bekommen haben“, sagt Dinter und meint etwa die Gemeinde Krün. Dank großzügiger Subventionen des Freistaats hat Krün jetzt ein frisch gestrichenes Rathaus und einen nagelneuen Bahnhof. Auch die Gemeinden Mittenwald und Garmisch profitierten. Insgesamt kostet der Gipfel über 130 Millionen Euro. „Das zahlen die Bürger mit ihren Steuern, aber ihre Meinung sollen sie nicht sagen“, empört sich Dinter. Aus dem Innenministerium heißt es, natürlich werde das Demonstrationsrecht gewährt – Camps würden aber nicht darunter fallen. Außerdem habe die Erfahrung gezeigt, dass dort „gewaltbereite Gruppen ihre Aktionen geplant haben“.

In den Augen des Aktivisten Benjamin Ruß tragen Camps allerdings eher dazu bei, Chaos zu verhindern. Ändert sich nichts, würden die Protestcamper eben wild zelten. Ruß erwartet etwa 2.000. Viele denken sich: „Jetzt kommen wir erst recht.“

Zum Vergrößern:

Bitte auf das Bild klicken!